



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Anfertigungsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstr. Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 184. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 20. April 1868.

Deutschland.

O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

9. Sitzung des norddeutschen Reichstages. (18. April.)

Eröffnung 11 1/2 Uhr. Die Tribünen wie das Haus sind mäßig besetzt. Am Tische der Bundes-Commissarien Präsident von Delbrück, Graf zu Eulenburg u. A.

Es wird wiederum eine große Anzahl von Urlaubsgesuchen bewilligt. Die Commission zur Vorbereitung des Gesetzes, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht im Frieden hat sich vor der heutigen Plenarversammlung konstituiert: Vorsitzender v. Below, Stellvertreter Dr. Prosch, Schriftführer Meyer (Thorn), Stellvertreter v. Blesien.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die noch malige Abstimmung über die Amendements der Abg. Miquel, Dr. Prosch und Harnier zu dem Gesetz, betreffend die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Befugnis zur Beschließung, und Abstimmung über den Entwurf im Ganzen.

Die Referenten v. Bernuth und Becker (Oldenburg) beantragen, den Antrag unbedeutend anzunehmen.

Referent v. Bernuth bejaht die Frage der Kompetenz des Bundes, diese Materie in den Kreis seiner Gesetzgebung zu ziehen, desgleichen mit Rücksicht auf die in den Bundesländern herrschende Verschiedenheit der Gesetzgebung die Frage der Opportunität.

Die Referenten v. Bernuth und Becker (Oldenburg) beantragen, den Antrag unbedeutend anzunehmen. Referent v. Bernuth bejaht die Frage der Kompetenz des Bundes, diese Materie in den Kreis seiner Gesetzgebung zu ziehen, desgleichen mit Rücksicht auf die in den Bundesländern herrschende Verschiedenheit der Gesetzgebung die Frage der Opportunität.

Zu einem gleichen Resultat komme ich rücksichtlich des Strafrechtes. Für Preußen liegt in dieser Beziehung die Frage etwas günstiger, da das Strafrechtbuch von 1851 für das ganze Staatsgebiet in Gültigkeit ist.

Es wird ohne Debatte abgestimmt und der Antrag auch diesmal wieder angenommen. Das Stimmverhältnis ist ganz dasselbe wie in der Vorberatung; dafür die liberalen Fractionen und ein Teil der Freiconservativen.

Correferent Abg. Becker (Oldenburg) hält es für unzweifelhaft, daß die Bundesgesetzgebung auch zur Regelung der Gerichtsorganisation kompetent sei. Daß die Verfassung das Wort „Gerichtsorganisation“ nicht kennt, kann uns unmöglich im Wege stehen, denn die Organisation ist die Voraussetzung des Verfahrens.

Präsident v. Delbrück: Die Tendenz des vorliegenden Antrages trifft mit den Auffassungen überein, welche das Bundespräsidium in Bezug auf diese Frage hat. Das Bedürfnis des gemeinsamen Strafrechtes und des gemeinsamen Strafprocesses, namentlich des ersteren, hat sich seit Errichtung des Bundes nicht bloß aus allgemeinen Gesichtspunkten, sondern auch aus der praktischen Erfahrung heraus überall geltend gemacht.

Abg. v. Bassow ist gegen den Antrag, um den schon so mit Geschäften überladenen Bundesrath und Reichstag nicht so sehr zu drängen. Der Herr Bundeskanzler hat es neulich für das erste Officium jedes Abgeordneten erklärt, hier im Reichstage zu erscheinen. Bei einer solchen Abingung der Geschäfte aber wird demjenigen, der die Ehre hat, zum norddeutschen Bunde zu gehören und der es doch als seine Aufgabe betrachtet muß, die Gesetze, die ihm vorgelegt werden, zu studiren, bald keine Zeit mehr bleiben, danach zu leben.

Abg. Meyer (Thorn) vermißt in der Commission zur Ausarbeitung einer

Civilproceßordnung die Vertreter des rechtsuchenden Volkes, des Anwaltsstandes, und spricht die Hoffnung aus, daß in der für den Strafproceß niederzusetzenden Commission diese Einseitigkeit der Zusammensetzung vermieden werde.

Abg. v. Hennig spricht über die Art und Weise der geschäftlichen Behandlung, der man den seiner Zeit einzubringenden Entwurf einer Strafproceßordnung unterwerfen müsse und ist der Ansicht, daß derselbe einer Commission überwiegen werden müsse, die, auch wenn der Reichstag nicht verammelt sei, ihre Beratungen anstelle.

Nachdem darauf Abg. Wagner (Altenburg) als Antragsteller die Nachteile, die die jetzige Verschiedenheit im Strafrecht und Strafproceß mit sich führe, hervorgehoben, wird die Discussion geschlossen und demnach der Antrag mit sehr großer Majorität angenommen.

Es folgt die Schlußberatung über den Antrag des Abg. Dr. Regidi: „den Bundeskanzler aufzufordern, zu veranlassen, daß bei dem gegenwärtigen friedlichen Einvernehmen mit den auswärtigen Mächten Verhandlungen eingeleitet werden, welche zum Zweck haben, durch Uebereinkunft von Staat zu Staat die Freiheit des Privat-Eigenthums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundsatz des Völkerrechts zu erheben.“

Ref. Abg. Lesse: Derselbe Gegenstand wie heute hat uns schon in der vorigen Session bei Gelegenheit des Gesetzes betreffend die Nationalität der Kaufahrtschiffe beschäftigt. Damals hielten wir uns an das Bestehende, wir hatten hauptsächlich den Fall der Neutralität des Bundes im Auge und wollten unsere Schiffe vor der Gefahr des Aufbringens schützen; wir verzichteten daher damals darauf, Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen, die sonst für unsere Schiffe wohl von Vortheil gewesen wären, heute dagegen befinden wir uns auf dem freien Boden der Kritik, der Agitation für ein unzweifelhaft richtiges Princip; es handelt sich um eine Reform des See-Kriegsrechtes.

Aufstand und Frankreich haben sich zum denselben bekannt, Preußen, Oesterreich und Italien haben das Princip der Freiheit des Eigenthums zur See in ihrer Gesetzgebung eingeführt und ebenso haben es die meisten übrigen Großstaaten, einzelne Schwankungen ihrer Politik abgerechnet, zu dem ibrigen gemacht. Die Seestaaten zweiten Ranges sind stets zur Anerkennung jenes Principes bereit gewesen und haben die Agitation dafür wesentlich gefördert. Vielleicht wäre schon früher etwas erreicht worden, wenn der Augenblick benutzt wäre, um Amerika beim Wort zu nehmen.

Es wurde neulich im Laufe eine lebhaftere Freude über die freundschaftlichen Beziehungen geführt, welche Deutschland mit jenem großen Staate jenseit des Oceans verbinden. Was könnte geeigneter sein, dieses Band noch mehr zu befestigen, als das Gelingen der in dem vorliegenden Antrage bezeichneten Bestrebungen, als die Verwirklichung des Ideals, welches Friedrich der Große und Franklin in dem Vertrage von 1785 angestrebt haben!

Correferent Dr. Schleidgen schließt sich den Ausführungen des Referenten im Allgemeinen an. Bereits unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten hätten dieselben in den ersten Verhandlungen mit England Vorschläge im Sinne des vorliegenden Antrages gemacht, seien aber von England zurückgewiesen worden. Die Pariser Declaration sei späterhin von den meisten Staaten mit Freuden als ein Fortschritt auf diesem Wege begrüßt, und deshalb hätten dieselben, vielleicht schneller als jetzt, ihre Einwilligung zu derselben gegeben; vielleicht wäre es bereits damals möglich gewesen, durch ein entschiedenes Vorgehen das zu erreichen, was man jetzt anstrebe.

Präsident v. Delbrück: Ueber die wichtige völkerrechtliche Frage, welche der vorliegende Antrag berührt, walteten nicht nur unter den dabei betheilig-

ten Regierungen, sondern auch in der öffentlichen Meinung der verschiedenen Staaten die größten Differenzen ob. Eine Lösung derselben scheint mir nur dadurch zu erwarten, daß Sie selbst fortfahren, für die von Ihnen vertretene Ansicht Propaganda zu machen und Stückweise allmählig das zu erreichen, was Ihr Antrag bezieht. Die Frage durch einen allgemeinen Congreß zum Austrag zu bringen, daran kann bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht gedacht werden. Die Tendenz, welche die Vertretung der Bundesregierungen bezüglich einer Lösung verfolgt, ist gekennzeichnet durch die Vergangenheit der preussischen Regierung und durch die Stellung, welche dieselbe stets zu der angeregten Frage eingenommen hat.

Abg. Meier (Bremen) (mit Zeichen der Ungeduld und dem Ruf: Oh! Oh! empfangen): Obwohl es eigentlich überflüssig ist, den für den Antrag bereits geltend gemachten Gründen noch etwas hinzuzufügen (Ruf: Sehr richtig!), so möchte ich doch noch einzelne Punkte hervorheben (Ruf: Oh! Oh!, ich werde aber kurz sein (Bravo!)). Die öffentliche Meinung hat sich in der neuesten Zeit unseren Bestrebungen mehr und mehr günstig gezeigt, und selbst in England, dessen große Presse uns früher mit Hohn überschüttete, beginnt sich allmählig die Ansicht von der Nichtigkeit der in dem vorliegenden Antrage ausgesprochenen Grundsätze Bahn zu brechen, ein Umstand, zu welchem, wie ich glaube, die Verbreitung des von dem Herrn Antragsteller herausgegebenen Werkes nicht wenig beigetragen hat. Ein Solches kann von Amerika behauptet werden, wo der Rücktritt von den Bestimmungen der Pariser Declaration sich in dem Kriege zwischen Sibirien und Norben durch einen ungeheuren Verlust an Privat-Eigenthum empfindlich gerächt und einen Umschwung zu Gunsten der im Antrage vertretenen Grundsätze hervorgebracht hat.

Antragsteller Abg. Regidi: England ist durch den Pariser Congreß in einen schlimmeren Zustand gerathen, als es vorher war; es befindet sich jetzt in der Nothlage, entweder durch Annahme der von uns vertretenen Grundsätze vorwärts zu schreiten, oder auch von den Bestimmungen der Pariser Declaration zurückzutreten. Der Augenblick, unsern Einfluß auf die englische Politik geltend zu machen, ist also ein günstiger. Sollte England hinter die Pariser Declaration zurücktreten, so würden auch die jetzt geschützten neutralen Mächte wieder gefährdet werden, und da gerade Deutschland sich meist in dieser Lage befinden dürfte, so ist es klar, daß unser Antrag nicht nur eine philanthropische Bedeutung hat, sondern zugleich in unserm eigensten Interesse zur Sicherstellung alles dessen dienen soll, was wir seit dem Pariser Congreß als gesichert zu betrachten gewohnt waren. Freilich wurde im Jahre 1862 im englischen Parlament der Grundsat ausgeprochen, daß Bestimmungen, die für den Kriegsfall getroffen würden, überflüssig und illusorisch seien, da im Kriege überhaupt alle Verträge der Kriegführenden untereinander aufhörten; diese Deduction ist aber durchaus sophistisch, denn sonst müßte man auch die Unmöglichkeit anerkennen, andere für den Krieg getroffene Bestimmungen, wie Auswechslung der Gefangenen u. s. w. durchzuführen, welche thatsächlich überall geachtet werden. Ich kann deshalb nur den Wunsch wiederholen, daß im diplomatischen Verkehr jede geeignete Gelegenheit benutzt werde, um im Sinne meines Antrages zu wirken, um dessen einstimmige Annahme ich Sie bitte.

Der Antrag wird hierauf fast einstimmig angenommen. (Dagegen nur der Abg. Vogel v. Faldenstein.) Es folgt die Schlußberatung über den in der Vorberatung bekanntlich mit 97 gegen 92 Stimmen abgelehnten Antrag des Abg. Waldeck, betreffend die Abänderung des Art. 32 der Bundesverfassung. (Gewährung von Däten an die Reichstagsabgeordneten.)

Da sich Niemand zum Worte meldet, wird sofort zur namentlichen Abstimmung geschritten. — Der Antrag wird auch diesmal wieder mit 104 gegen 100 Stimmen abgelehnt. — Das Stimmverhältnis ist dasselbe, wie in der Vorberatung; gegen den Antrag stimmen die beiden conservativen Fractionen, die Ultraliberalen und einzelne National-Liberale, wie Graf Schwerin, Meier (Bremen), Graf Händel v. Donnersmard, Braun (Wiesbaden), Bernhards; dafür die liberalen Fractionen, die Polen, ferner u. A. Präsident Simson, Windthorst, Reichensperger, Gebert; auch diesmal fehlte wieder eine ganze Anzahl von Abgeordneten bei der Abstimmung, u. A. Miquel, v. Bennigsen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberatung über den in der Vorberatung angenommenen Antrag des Abg. Lasker betreffend das Gesetz über die Nichtverfolgbarkeit der Mitglieder der Landtage und Kammern.

Es wird ohne Debatte abgestimmt und der Antrag auch diesmal wieder angenommen. Das Stimmverhältnis ist ganz dasselbe wie in der Vorberatung; dafür die liberalen Fractionen und ein Teil der Freiconservativen.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. L. D. 1) Gesetz über das Bundesschuldenwesen; 2) Antrag Löwe betreffend die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Dunder; 3) Wahlprüfungen.

Abg. Dr. Blum (Sachsen) hat auch den ersten Bericht der Petitions-Commission mit auf die Tages-Ordnung zu setzen, welchen Wunsch Präsident Simson unter der Heiterkeit des Hauses mit den Worten zurückwies: „Ja, wenn ich einen hätte!“

Berlin, 18. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem bisherigen Inspector der Realschule bei den Franzosen Stützungen zu Halle a. S., Professor Ziemann, und dem evangelischen Pfarrer und Superintendentur-Verweser Jungä zu Sigmaringen den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Bürgermeister Fischer zu Wiesbaden den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Gymnasial-Director Brandt zu Hildesheim den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem Handlungs-Commis de Haas zu Wesel die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Appellationsgerichts-Rath Uschner in Ratibor bei seiner Veretzung in den Ruhestand den Charakter als Geheim Rath; und dem Vorstande des Staats-Archivs zu Cassel, Staats-Archivar Dr. Strippelmann, den Charakter als Geheim Rath verliehen; den bisherigen Amtmann Wischmann, die bisherigen Regierungs-Assessoren Schreiber und Rasse, sowie den bisherigen Bürgermeister von Gelben, Grafen Schmißing-Kerßenbrock, zu Landräthen ernannt; sowie den bisherigen Stadt-Syndikus Wunderlich in Folge getroffener Wahl als Bürgermeister der Stadt Oettingen auf Lebenszeit bestätigt; und dem Lander- und Hof-Steuer-Meister Heinrich Koch zu Coblenz das Prädicat eines königlichen Hof-Stubenmalers verliehen.

Die bei der königlichen Direction der Ostbahn zu Bromberg beschäftigten Gerichts-Assessoren Lüdke und Rummel sind zu Regierungs-Assessoren ernannt worden. — Der frühere Superintendent der Diocese Sensburg, Pfarrer Julius Robert Stiller in Johannisburg, ist zum Superintendenten der Diocese Johannisburg ernannt worden.

[Katholisches Gymnasium für Posen.] Wie man hört, ist die Staatsregierung in Folge des im Abgeordnetenhause gefaßten Beschlusses betreffs eines katholischen Gymnasiums für die Provinz Posen jetzt zur Errichtung eines solchen entschlossen, hat der Provinzialbehörde aber die Wahl der Stadt, wo dasselbe zu errichten, überlassen. Wahrscheinlich wird Wongrowitz gewählt werden, da die Stände jenes Kreises erhebliche Offerten für eine specifisch katholische Anstalt gemacht haben.

Stettin, 19. April. [Der Ober-Bürgermeister.] Von der t. Regierung ist gestern dem Magistrat die Mittheilung geworden, daß die Einführung des Herrn Ober-Bürgermeister Burscher jetzt stattfinden

kann. Die spätere Erledigung des Differenzpunktes bleibt vorbehalten.

Riel, 18. April. [Die preussischen Dampf-Corvetten] „Gertha“ und „Medusa“ sind hier eingetroffen.

Fulda, 18. April. [Ablehnung.] Der hiesige Gymnasial-Direktor Göbel hat, dem „Fr. F.“ zufolge, den an ihn ergangenen Ruf an das katholische Gymnasium in Breslau abgelehnt.

Dresden, 18. April. [Der Großherzog von Weimar] reist heute Nachmittag 1 1/2 Uhr über Königsberg nach Petersburg.

Frankfurt, 16. April. [Dr. v. Harnier.] In verfloßener Nacht ist der pensionirte Syndicus Senator Dr. jur. v. Harnier einem langandauernden Gehirnleiden erlegen.

München, 19. April. [Der Kronprinz von Preußen] hat gestern Abend 11 Uhr die Reise nach Italien fortgesetzt und wurde von dem Prinzen Otto nach dem Bahnhof begleitet.

Österreich.

Wien, 18. April. [Dementi.] Die „Wiener Abendpost“ ertheilt jetzt in Uebereinstimmung mit den officiellen Neuierungen dänischer Zeitungen den anderweitigen Zeitungsmittheilungen, welche von einem Abbruch der Verhandlungen zwischen Preußen und Dänemark gesprochen hatten, ein Dementi, und widerspricht damit gleichzeitig den Gerüchten, welche zur Zeit das Wiener Cabinet mit dieser Frage complicirt.

Pest, 17. April. [Der jüngst verhaftete Agitator] (Sz. talos) hat Geständnisse abgelegt, durch welche mehrere Deputirte der äußersten Linken compromittirt werden.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Matrey, 19. April. Der Kronprinz von Preußen hat eine Station hinter Junsbruck die Eisenbahn verlassen, die durch Felsensturz beschädigte Stelle zu Fuß überschritten und alsdann die Reise per Eisenbahn fortgesetzt.

Florenz, 18. April. Das diplomatische Corps und die Minister sind nach Turin abgereist. Prinz Napoleon wird daselbst heute, der Kronprinz von Preußen morgen erwartet.

Die Unruhen in Bologna sind beschwichtigt. — Im Ganzen haben 160 Verhaftungen stattgefunden.

Florenz, 18. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer legte der Finanzminister den Antrag zum Kriegs- und Marinebudget von 1869 vor, nach welchem beide Budgets um 25 Mill. Francs reducirt sind.

Verona, 19. April, Abends. Der Kronprinz von Preußen ist 9 Uhr Abends eingetroffen und ward an der Grenze von königlichen Adjutanten und der preussischen Gefandtschaft begrüßt.

Paris, 18. April. Ein an der Börse verbreitetes Gerücht, der Kaiser werde morgen nach Rennes reisen und daselbst eine dem Frieden günstige Rede halten, bedarf noch der Bestätigung.

„Standard“ erklärt die Behauptung der „Patrie“, daß der Minister des Innern ein Circularschreiben in Bezug auf die Rede des Ministers Baroche an die Präfekten gerichtet habe, für unbegründet.

Paris, 18. April. Nach Algier sind vier Mitglieder des Staatsraths gefandt worden, welche gemeinsam mit dem Generalgouverneur genaue Ermittlungen über die Lage des Landes anstellen sollen.

Paris, 18. April. Prinz Napoleon hat sich heute in Marseille nach Genua eingeschifft. Die Königin von Portugal wird, wie es heißt, von Turin aus einen Besuch in Deutschland machen, und sich dann zu etwa achttägigem Aufenthalte nach Paris begeben.

„Patrie“ beschäftigt sich abermals mit der Rüstungs- und Entwaffnungsfrage. Frankreich habe seine politische und militärische Ueberlegenheit zu bewahren, darum könne es nicht mit dem Beispiele der Entwaffnung vorangehen.

Bologna, 17. April. Die beabsichtigten Versammlungen der Typographen, des demokratischen Vereins und der Arbeitergesellschaft sind verboten worden.

Konstantinopel, 18. April. Die Erzherzöge Rainer, Ferdinand und Ernst, der Graf von Chambord und die Herzöge von Parma und Modena sind hier eingetroffen.

Bukarest, 19. April. Auf Veranlassung des österreichischen Generalconsuls in Jassy sind die Consule der fremden Mächte daselbst zusammengetreten, um auf Grund authentischer Nachrichten zu constatiren, daß in Baku Unruhen stattgefunden haben und daß die anderweitigen Meldungen der moldauischen Behörden unrichtig sind.

Belgrad, 18. April. Die serbische Regierung hat den Bau einer türkischen Moschee in Belgrad für die anfänglichen und auf der Reise sich hier aufhaltenen Muselmanen angeordnet.

Paris, 19. April. Der Kaiser wird morgen den ersten Secretär bei der französischen Botschaft in Berlin, Frn. Eschbore de Behaine in besonderer Audienz empfangen.

London, 18. April. Der Berliner Correspondent der „Times“ berichtet, daß Graf Bismarck den napoleonischen Vorschlag für ein vereintes Auftreten Frankreichs, Preußens und Rußlands in der orientalischen Frage abgelehnt habe.

Kingston (Jamaika), 23. März. Die preussische Corvette „Niobe“ ist heute hier angekommen.

Southampton, 17. April. Im Departement Guayaquil (Guador) und

in San Salvador dauern leichte Erbeben fort. Zu Guatemala wird ein Weitergreifen der Cholera befürchtet.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Paris, 18. April, Nachm. 3 Uhr. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 27 1/2—69, 25. Italiensche 5proc. Rente 47, 85.

London, 18. April, Nachmittags 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 93 1/2. 1proc. Spanier 35 1/2. Italien. 5proc. Rente 47 1/2.

Florenz, 18. April, Abends. Ital. Rente 53, 35. Napoleons'or 22, 40. Frankfurt a. M., 18. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 101 1/2.

Bremen, 18. April, Petroleum. Standard white, loco 5 1/2. National-Anl. 62, 70. 1860er Loose 81, 40.

Wien, 18. April, Abends. [Abend-Börse.] 1860er Loose 81, 40. 1864er Loose 82, 70. Credit-Actien 180, 00. Nordbahn 175, 80.

Hamburg, 18. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburg Staats-Prämien-Anleihe 87 1/2.

Wien, 19. April, Mittags. [Privat-Verkehr.] Credit-Actien 179, 30. Staatsbahn 253, 90.

Newyork, 18. April, Abends 6 Uhr. [Pr. atlant. Kabel.] Wechsel auf London in Gold 110. Colagio 38 1/2.

Antwerpen, 18. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes, Lope weiß, loco 42 1/2 bezahlt.

Breslau, 19. April. [Course aus dem heutigen Privat-Verkehr.] Bei flauer Stimmung ziemlich lebhafte Umsätze.

Paris, 18. April, Nachm. Rückbl. pr. April 101, 50, pr. Juli-August 92, 50, pr. Sept.-December 92, 00.

Paris, 18. April, Abends. Spiritus bewegt, pr. April 89—90. Rückbl. flau. Mehl fest.

Breslauer Börse vom 20. April. [Schluß-Course. (1 Uhr Nachm.)] Auktions-Papiergeld 83 1/2 bez.

Wien, 18. April, Abends. Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles 19 1/2 Br., 19 Sch. Officiell gekündigt: — Str. Weizen. — Str. Roggen. — Str. Leinbl.

Breslau, 20. April. Preise der Cerealien. Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergrößen.

Weizen, weißer 123—125 119 109—113 Gerste 66 65 61—63

Wien, 19. April. Am heutigen Markte blieb der Geschäftsverkehr bei nur mittelmäßigen Angeboten beschränkt.

Weizen war gut beachtet, pr. 84 Pfund schleßlicher weißer 109 bis 126 Sgr.

Wien, 20. April. Am heutigen Markte blieb der Geschäftsverkehr bei nur mittelmäßigen Angeboten beschränkt.

Weizen war gut beachtet, pr. 84 Pfund schleßlicher weißer 109 bis 126 Sgr.

Wien, 20. April. Am heutigen Markte blieb der Geschäftsverkehr bei nur mittelmäßigen Angeboten beschränkt.

Weizen war gut beachtet, pr. 84 Pfund schleßlicher weißer 109 bis 126 Sgr.

Wien, 20. April. Am heutigen Markte blieb der Geschäftsverkehr bei nur mittelmäßigen Angeboten beschränkt.

Weizen war gut beachtet, pr. 84 Pfund schleßlicher weißer 109 bis 126 Sgr.

Wien, 20. April. Am heutigen Markte blieb der Geschäftsverkehr bei nur mittelmäßigen Angeboten beschränkt.

Weizen war gut beachtet, pr. 84 Pfund schleßlicher weißer 109 bis 126 Sgr.

Wien, 20. April. Am heutigen Markte blieb der Geschäftsverkehr bei nur mittelmäßigen Angeboten beschränkt.

schleßliche 60—62 Sgr., fremde 52—55 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kultur) 76—78 Sgr. pr. Ctr.

kleesaat am Markt ohne Auswahl, rotthe in matter Haltung, 10—11 bis 12—14 Thlr. pr. Ctr.

Breslau, 20. April. [Wasserstand.] D. R. 19 F. — 3. U. B. 8 F. 2 3/4.

Auswärtige amtliche Wasser-Reporte. Brieg, 20. April, 6 Uhr Früh. Wasserstand am Oberpegel 17 Fuß 10 Zoll.

Berliner Börse vom 18. April 1868.

Fonds und Geld-Course. Freiw. Staats-Anl. ... 4 1/2 %

Risenbahn-Stamm-Actien. Dividende pro 1866, 1867. Aachen-Naertrich

Ausländische Fonds. Oesterr. Metalliques 5 1/2 %

Risenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Märkische ... 4 1/2 %

Bank- und Industrie-Papier. Berl. Cassen-V. 12 1/2 %

Wechsel-Course. Amsterdam 250 Fl. ... 107, 143 3/4

Todes-Anzeige. Heute Abend 6 1/2 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden

Uns Vorleser wünscht ein cand. phil. eine Anstellung.

Ein Paar Schwäne werden zu kaufen gesucht.

Pastillen. Bidsy, Enser, Biliner, Carlsbader, Marienbader, Rissinger und Malzertract

Königl. Preussische Lotterie-Loose, Ziehung vom 24. April bis 11. Mai d. J.

Oberhemden in gutem Shirting und Leinen, sowie Nachhemden

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.